

## **Stellungnahme des Landesverbands Bayern für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V.(LVKM)**

**zur gemeinsamen Sachverständigenanhörung der Ausschüsse für Arbeit und  
Soziales, Jugend und Familie sowie für Gesundheit, Pflege und Prävention am  
20.02.2025 zum Thema**

### **„Aktuelle Wohn- und Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderung“**

Der LVKM vertritt die Interessen von Menschen, die aufgrund ihrer komplexen Behinderungen besonders hohen Unterstützungsbedarf haben, sowie deren Angehörige. Dem LVKM gehören 38 Mitgliedsorganisationen in ganz Bayern an. Viele sind Träger von Einrichtungen und Diensten, die im Bereich Wohnen gemeinschaftliche und ambulante Wohnformen, im Bereich Beschäftigung Förderstättenplätze anbieten.

#### **1. Aktuelle Situation**

##### **1.1 Personal: Mangel an Fach- und Hilfskräften**

Laut einer aktuellen Umfrage des LVKM bei seinen Mitgliedern gibt es **in den Wohn- und Förderstätten überwiegend keine freien Plätze mehr**. Teilweise wurden bereits Platzzahlen reduziert, obwohl der Bedarf, insbesondere bei der Kombination Förderstätten- und Wohnheimplatz groß ist. Stattdessen existieren **lange Wartelisten**. Auch wenn Bewerber:innen teils auf mehreren Wartelisten stehen, **fehlt es an Plätzen**. Der Bedarf an Plätzen wird weiter stark zunehmen, auch weil die Angehörigen mit zunehmendem Alter ihr Kind nicht mehr zuhause versorgen können.

Der **Fach- und Hilfskräftemangel**, wird sich nicht zuletzt auch aufgrund der demografischen Entwicklung weiter zuspitzen. Die Personalsituation ist in den „besonderen Wohnformen“ für Menschen mit komplexer Behinderung besonders schwierig, weil dieser Personenkreis gleichermaßen Teilhabe- und Pflegeleistungen benötigt und die Tätigkeit in diesem Bereich besondere Verantwortung und Kompetenz voraussetzt. Nicht alle Mitarbeiter:innen können/möchten sich dieser Herausforderung stellen. Unzureichende Personalschlüssel befördern die weitere Abwanderung von Personal in andere Bereiche, was neben steigender Renteneintritte die Schließung von Plätzen beschleunigt.

Der oft notwendige **Einsatz von Leiharbeiter:innen**, um die Versorgung aufrecht erhalten zu können, verursacht sehr hohe Kosten.

## 1.2. Mangel an geeignetem Wohnraum für Menschen mit Behinderung

Auf dem Wohnungsmarkt **fehlt rollstuhlgerechter, bezahlbarer Wohnraum für Einzelpersonen, aber auch für gemeinschaftliches Wohnen**. Angesichts der hohen finanziellen Vorleistung und der organisatorischen Belastung gehen Leistungserbringer kaum noch das Risiko ein, selbst zu bauen. Neben der Personalnot verhindert fehlender Wohnraum den dringend notwendigen Ausbau von ambulanten und gemeinschaftlichen Wohnformen.

**Junge Menschen mit Behinderung, die ins Erwachsenenleben kommen, sind quasi chancenlos, ein selbständiges Leben außerhalb des Elternhauses zu führen.**

**Die Eltern und Angehörigen müssen weiterhin oft über die Belastungsgrenze hinweg die Betreuung und Pflege 24/7 leisten. Sie stehen damit dem Arbeitsmarkt nicht als Arbeitskräfte zur Verfügung.**

## 2. Lösungsansätze

Folgende Maßnahmen sind aus unserer Sicht dringend notwendig:

### 2.1. Attraktive Arbeitsbedingungen in der Behindertenhilfe

Die **Rahmenbedingungen für das Personal** müssen weiter verbessert werden. Die Personalschlüssel müssen dem Teilhabe- und Pflegebedarf der Menschen mit Behinderung entsprechen, so dass Mitarbeitende diese Leistungen tatsächlich erbringen können. Das beugt Überlastung und Frustration der Mitarbeitenden vor. Um kurzfristige Personalengpässe besser auffangen zu können, sollte der Aufbau von Springerpools unterstützt werden, statt wiederkehrend auf teure Leiharbeitskräfte zurückgreifen zu müssen. Mitarbeitende müssen von Bürokratie entlastet werden, z.B. von übermäßigen Dokumentations- und Berichtspflichten, damit sie ihre Arbeitszeit für ihre eigentliche Aufgabe nutzen können: die Betreuung und Pflege am Menschen.

### 2.2. Bezahlbarer Wohnraum für Mitarbeitende

Fach- und Hilfskräfte benötigen **Hilfe bei der Wohnungssuche**. Wenn Mitarbeitende keine bezahlbare Wohnung finden, können sie nicht in den Einrichtungen arbeiten, in denen sie gebraucht werden. Hierzu ist ein Unterstützungsprogramm für Betriebswohnungen gemeinnütziger Organisationen vonnöten sowie insgesamt der Bau von mehr bezahlbaren Wohnungen.

Es braucht eine aktive **Förderung gemeinnütziger Bauherren**. Dies wäre eine hohe Motivation Betriebswohnungen zu schaffen, um die Sozialberufe aufzuwerten.

### 2.3. Förderung von Aus- und Weiterbildung und schnellere Anerkennung von Fachkräften aus dem Ausland

**Weiterbildungsprogramme zur Fachkraft** müssen attraktiv gestaltet und über die Arbeitsagentur gefördert werden. Arbeitsmigration muss weiter durch **Fast Lane** Programme gefördert werden. Für ausländische Fachkräfte muss eine schnelle Anerkennung ihres Abschlusses erfolgen. Das langjährige Verfahren und die ausufernden Nachweispflichten führen zu Abwanderungen in andere Arbeitsfelder. Als Alternative wäre eine fachliche Stellungnahme / Empfehlung des aktuellen Arbeitgebers ausreichend.

### 2.4. Stärkung der Freiwilligendienste

**Die Freiwilligendienste** für junge Menschen – das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und der Bundesfreiwilligendienst (BFD) – müssen deutlich attraktiver gestaltet und die Kontingente erweitert werden. Ziel muss sein, möglichst viele junge Menschen für diese wertvolle Erfahrung zu gewinnen und ihnen zu zeigen, wie bereichernd und sinnstiftend diese Form der Tätigkeit sein kann.

Besonders wichtig ist dies im Hinblick auf den hohen Fachkräftebedarf im Sozialbereich. Nur wenn mehr junge Menschen durch ein FSJ oder BFD für soziale Berufe begeistert werden, können die Ausbildungszahlen in diesen Bereichen nachhaltig gesteigert werden. Eine gezielte Förderung der Freiwilligendienste ist daher ein zentraler Schritt, um langfristig ausreichend qualifiziertes Personal im sozialen Sektor zu sichern.

Die Berufsbilder der Eingliederungshilfe wie z.B. Heilerziehungspflege müssen durch breite staatlich geförderte Werbekampagnen bekannt gemacht werden, so wie es im Bereich Pflege und Kinderbetreuung schon geschieht.

### 2.5. Schaffung von rollstuhlgerechtem Wohnraum durch Investitionsförderung und zeitnahe Mittelausschüttung

**Neubauten** sind ebenso dringend erforderlich wie **Ausbauten der bestehenden Einrichtungen** für Menschen mit (komplexer) Behinderung. Wichtig wäre eine generelle Förderung des kommunalen Wohnungsbaus, der auch rollstuhlgerechten Wohnraum für Wohngruppen und andere Wohnangebote bereitstellen kann. Diese Wohnungen müssen bezahlbar sein, da die meisten Klient:innen Grundsicherungsempfänger:innen sind. Von Bedeutung wäre ein Gesetz über die Erhöhung der Quote rollstuhlgerechter Wohnungen im kommunalen Wohnungsbau. Außerdem müsste die direkte Investitionsförderung erhöht werden und diese Mittel nach Baufortschritt ausbezahlt werden statt einer Refinanzierung über Jahre bzw. Jahrzehnte über die Entgelte für Leistungserbringer.

### 2.6. Pflegende Angehörige entlasten

Um pflegenden Angehörigen die Möglichkeit für eine Entlastung zu bieten, muss die Zahl der **Kurzzeitpflegeplätze** ausgebaut werden, die konzeptionell spezifisch auf junge Menschen mit Behinderung ausgerichtet sind.

### 3. Fazit

**Es müssen umgehend Maßnahmen ergriffen werden, um die Versorgungssicherheit der aktuell versorgten Menschen mit Behinderung aufrechtzuerhalten und für die noch unversorgten Menschen Wohn- und Beschäftigungsplätze zu schaffen.**

Das Problem der unversorgten Menschen mit Behinderung stellt eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung dar. Kürzungen im Bereich der Eingliederungshilfe und Pflege würden das Problem nur noch weiter verschärfen.

Die angemessene Vergütung sozialer Berufe ist eine dringend notwendige Maßnahme, um genügend Mitarbeitende für diesen Bereich zu gewinnen. Der staatlich gewollte Anstieg der Löhne in den letzten Jahren ist daher eine positive Entwicklung. Gleichzeitig sind die **Personalkosten der größte Ausgabeposten sozialer Einrichtungen**, sodass höhere Löhne zwangsläufig auch die Gesamtkosten steigen lassen. Dies darf jedoch **keinesfalls zu Kürzungen bei Angeboten oder einer Verschlechterung des Personalschlüssels** führen. Eingliederungshilfe und Pflege sind systemrelevant – Einsparungen in diesen Bereichen würden unweigerlich weitere Versorgungslücken für Menschen mit Behinderung schaffen.

Wir fordern ein **stärkeres finanzielles Engagement des Freistaats Bayern**, um die Versorgungssicherheit und gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit komplexer Behinderung zu gewährleisten.

Stand 05.02.2025

Vorstand des LVKM e.V.